

Löchriger Schutzschild

Der wirtschaftliche Wandel riss Löcher ins Pensionssystem. Sowohl über die Arbeitsmarkt- als auch über die Bildungspolitik kann dem entgegengewirkt werden.

Sandra Knopp und Udo Seelhofer
Freie JournalistInnen

Wir werden ohnehin ewig arbeiten müssen und Pension bekommen wir auch keine.“ Davon sind viele junge Menschen heutzutage überzeugt. In der Tat stellt der wirtschaftliche Wandel das Pensionssystem vor neue Herausforderungen, auch wenn diese nicht automatisch dazu führen müssen, dass die erwähnten Befürchtungen Realität werden.

„Der Automatismus ‚Job ist gleich Pensionsversicherung‘ wird durch den Trend zu atypischen Beschäftigungsverhältnissen immer mehr aufgebrochen“, sagt WIFO-Expertin Christine Mayrhuber. Dazu zählt sie Teilzeitjobs, saisonale und geringfügige Jobs. Ebenfalls dazu gehört das Phänomen der „neuen Selbstständigkeit“, bei der Unternehmen einzelne Aufgaben, die bisher Angestellte im Haus verrichtet haben, an Selbstständige outsourcen. Um Versicherungszeiten und die Altersvorsorge müssen sich diese Menschen selbst kümmern – und das oft mit einem geringen Einkommen (siehe auch „Mehr Schein als Sein im Prekariat“, S. 30–31).

Neuverteilung und Neubewertung

Die neuen Bedingungen am Arbeitsmarkt erfordern also auch Reformen bei den Pensionen. „Im jetzigen System wird honoriert, wer lange viel verdient hat und wenige Erwerbsunterbrechungen hat“, erklärt Mayrhuber. Jene, die lange keine Vollzeitstelle finden, brauchen im Alter oft eine Ausgleichszulage, um auf den

Mindestbetrag von derzeit 870 Euro monatlich zu kommen (siehe auch „Kleine Enzyklopädie der Pension“, S. 40–42). Die Arbeitsmarktexpertin fordert daher eine Neuverteilung und Neubewertung der bezahlten Arbeit.

Das Problem in Österreich besteht aktuell darin, dass manche jetzt schon geradezu pausenlos arbeiten, während andere keinen Job haben. Vollzeitbeschäftigte arbeiten hierzulande im Schnitt 41,5 Stunden pro Woche, inklusive Überstunden. Länger wird nur in Großbritannien und Portugal gearbeitet. Vielfach setzen Unternehmen nicht auf neue Arbeitskräfte, sondern auf All-in-Verträge, bei denen Überstunden pauschal abgegolten werden. Das betrifft rund 15 Prozent der unselbstständig Beschäftigten, Tendenz steigend.

Überstunden kommen aber nicht nur den Arbeitgebern entgegen, sondern auch vielen ArbeitnehmerInnen, die mit Überstunden ihr schlechtes Grundgehalt aufbessern wollen. Dazu kommt, dass Unternehmen ihre Arbeitskräfte flexibler einsetzen. So ist etwa ein Sechstel der Arbeitslosigkeit darauf zurückzuführen, dass Betriebe die Beschäftigung bei sinkender Nachfrage kurzfristig abbauen. Konkret tut dies ein Viertel der Betriebe.

Lange von der Wirtschaft gefordert, ist die Flexibilisierung inzwischen also für viele Beschäftigte eine Realität. Mayrhuber tritt daher für eine stärkere Regulierung des Arbeitsmarktes ein: „Unternehmen sollten wieder stärker in die Pflicht genommen werden. Wenn sie auf flexible Modelle zurückgreifen, sollten sie eine Zeit lang einen höheren

Beitrag zur Arbeitslosen-, Kranken- oder Pensionsversicherung bezahlen“, fordert sie.

Andere Lohnpolitik

Eine andere Ebene sind die Löhne selbst. David Mum, Leiter der Grundlagenabteilung der GPA-djp, fordert etwa: „Die Mindestlöhne müssen umgesetzt werden.“ Die Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne ist schon viele Jahre ein zentrales Anliegen der Gewerkschaften. In Österreich verdienen immer noch knapp zwölf Prozent der Vollzeitbeschäftigten unter 1.500 Euro brutto. Im Jahr 2008 einigten sich die Sozialpartner auf einen kollektivvertraglichen Mindestlohn von 1.000 Euro, inzwischen sind 1.500 Euro brutto durch Kollektivvertragsabschlüsse in vielen Branchen Realität. Die GPA-djp fordert nun eine weitere Erhöhung der Mindestlöhne, und zwar auf 1.700 Euro brutto bei Vollzeitbeschäftigung. In eine ähnliche Richtung argumentiert Mayrhuber: „Wir brauchen eine vernünftige Lohnpolitik für Menschen, die unter der Höchstbeitragsgrundlage arbeiten.“ Bessere Löhne seien in zweierlei Hinsicht von Vorteil, argumentiert die Wissenschaftlerin: „Es bedeutet nicht nur für die Individuen, dass sie eine bessere Absicherung haben, sondern dass auch langfristig die Finanzierung der Pensionsversicherung verbessert wird.“ Denn wer mehr verdient, zahlt auch höhere Beiträge ein.

Jede längere Erwerbsunterbrechung hingegen wirkt sich negativ auf die spätere Pension aus. So verliert man als Arbeitslose/r zwar keine Versicherungs-



Eine andere Lohnpolitik, höhere Mindestlöhne, öffentliche Investitionen und bildungspolitische Maßnahmen: So könnte erreicht werden, dass Menschen Pensionen bekommen, von denen sie auch leben können.

zeit, allerdings sind die eingezahlten Pensionsbeiträge gering – und das wiederum wirkt sich negativ auf die spätere Pension aus. Aktuell sind 438.654 Menschen als arbeitslos oder in Schulung beim AMS vorgemerkt. Die hohe Arbeitslosigkeit ist eine Folge des geringen Wachstums und eines Überangebotes an Arbeitskräften. „Wir haben festgestellt, dass das Arbeitsvolumen hierzulande zwar stabil ist, sich aber auf immer mehr Beschäftigte verteilt. Wir brauchen mehr Arbeit im Land“, hält AK-Arbeitsmarktexperte Gernot Mitter fest. Um den Arbeitsmarkt wieder in Schwung zu bringen, fordert er die „**Golden Rule**“, nach der Investitionen in Bildung, soziale Dienste und Integration aus dem Budgetdefizit herausgerechnet werden. „So könnten öffentliche Investitionen erleichtert werden und neue Arbeitsplätze entstehen“, erklärt Mitter den Hintergrund.

Zwei Seiten einer Medaille

Arbeitsmarktpolitik ist die eine Seite der Pensionsmedaille, die andere lautet Bildung. Wer verhindern will, dass Menschen überhaupt erst arbeitslos werden, muss in die Bildung investieren.

So abgedroschen es klingen mag, so wahr ist leider immer noch: je niedriger die Qualifikation, desto schlechter die Chancen am Arbeitsmarkt – und in der Folge desto niedrigere Pension. Entsprechend spannt sich der Bogen vom Kindergarten bis zum lebenslangen Lernen. Wer nämlich schon in jungen Jahren zu wenig Bildung genießen konnte, der spürt die Folgen sogar noch Jahre später,

weil er oder sie auch bei Weiterbildungsmaßnahmen zu kurz kommt. Jugendliche ohne abgeschlossene Ausbildung laufen Gefahr, sich später durch immer rarer werdende Hilfsarbeiterjobs über Wasser halten zu müssen – und kaum Pensionsansprüche anzusparen. Im Jahr 2014 schlossen sieben Prozent der 18- bis 24-Jährigen weder die Pflichtschule noch eine weiterführende Ausbildung ab.

Um dem entgegenzuwirken, wurde die Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr beschlossen. Ab Herbst 2016 müssen Jugendliche nach dem Abschluss der Pflichtschule eine weiterführende Ausbildung absolvieren. Bildungsexperten fordern außerdem, dass LehrerInnen rechtzeitig reagieren, wenn Jugendliche schulmüde werden. In einem solchen Fall können sie etwa das **Jugendcoaching** kontaktieren. Das Angebot richtet sich an SchülerInnen im letzten Pflichtschuljahr und zielt darauf ab, deren Stärken und Fähigkeiten festzustellen und Perspektiven zu entwickeln. MentorInnen zeigen den Jugendlichen Alternativen auf beziehungsweise unterstützen sie im Erstellen von Bewerbungsunterlagen.

Doch zunächst gilt es, die Zielgruppe zu erreichen: „Sozialarbeiter müssen zu den Jugendlichen kommen, ihr Vertrauen gewinnen und ihnen Perspektiven aufzeigen“, sagt Judith Pühringer, Geschäftsführerin von arbeit plus, dem Bundesdachverband für Soziale Unternehmen. Viele junge Menschen seien von der Schule frustriert. Pühringer spricht sich für einen weiteren Ausbau des „Jugendcoachings“ aus. „Man hält die Jugendlichen länger in einem Sys-

tem, kann sie betreuen und Unterstützung anbieten“, so Pühringer.

Mehr Kinderbetreuungsangebote

Für eine hohe Beschäftigungsquote braucht es auch gute Kinderbetreuungs-einrichtungen. Hier könnte sich Österreich einiges von Skandinavien abschauen, findet GPA-djp-Experte Mum. „Die nordischen Länder haben schon viel früher begonnen, in solche Angebote mit entsprechenden Öffnungszeiten zu investieren. Man hat dort eine hohe Frauen- und Männererwerbsbeteiligung.“

„Alles, was die Erwerbsbeteiligung erhöht und eine faire Bezahlung sicherstellt“ – so fasst David Mum die wichtigsten Ziele aus Sicht der Gewerkschaften zusammen. Man müsse dafür Sorge tragen, dass die Menschen gut qualifiziert sind. Auch er fordert Investitionen in soziale Dienstleistungen. Damit können gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: einerseits eine Erhöhung der Beschäftigungsquote, andererseits ein besseres Betreuungsangebot. Sein Fazit: „Je mehr Menschen arbeiten, desto leichter kann man auch die Pensionen finanzieren.“

Bildung und Arbeitsmarkt:
tinyurl.com/h7kxdqg

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die AutorInnen
udoseelhofer426@msn.com
sandra.knopp@gmx.at

oder die Redaktion
aw@oegb.at